

Presseinformation



Julia Klöckner, MdL
Vorsitzende der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 4
103. Plenarsitzung, Mittwoch, 23. September 2015

Erwiderung auf die Regierungserklärung

***„Flüchtlingen menschenwürdig begegnen - Asylrecht konsequent anwenden -
Kommunen auskömmlich unterstützen - Integration nachhaltig einfordern“***

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

23.09.2015

I. Europa und die Welt sind in bewegten Zeiten

- **Syrien** geht in einem brutalen Bürgerkrieg unter.
- In **Libyen** Vernichtung und Krieg.
- In der **Türkei** brechen Konflikte mit Kurdengruppen wieder auf.
- Der **Irak** ist extrem instabil.
- Der Libanon, die Türkei und **Jordanien** versuchen, Millionen Flüchtlingen eine Zuflucht zu bieten – und sind am **Limit**.

Die weltweite Lage hat Auswirkungen auf Europa – ob es dazu gemeinsam bereit ist oder nicht. **Viele Menschen klopfen an unsere Tür**, Menschen, die dem Tod entronnen sind.

Sie bringen unzählige Schicksale und Tragödien mit:

- Ertrinkende Familien im **Mittelmeer**,
- völlig erschöpfte Menschen auf der **Balkanroute**,
- **Schlepper**, die die Not ausnutzen,
- schlimme hygienische Verhältnisse, **Ausnahmezustände**

Flüchtling - dass könnte jeder von uns sein, wenn wir nicht hier geboren, wenn wir nicht hier wohnen würden. **Herkunft ist kein Verdienst, allenfalls Zufall**. Wer seine Heimat verlassen muss, weil er verfolgt wird, weil er seine Meinung nicht sagen, seinen Glauben nicht leben kann, wer vor Krieg und Zerstörung flieht, der braucht Schutz und Hilfe. **Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht**.

Es ist unsere Verpflichtung, in unserem Land ordentlich mit jedem, der zu uns kommt umzugehen - ganz gleich, ob er eine Bleibeperspektive hat oder nicht. Mit **Anstand**. Das ist gesellschaftlicher Konsens aller demokratischen Parteien. Ebenso, dass gegen Hass, Hetze und Menschenverachtung entschieden Stellung bezogen und Gewalt verhindert werden muss. Hier geht es um die Temperatur in unserer Gesellschaft.

ANREDE,

Europa befindet sich in einer **Bewährungsprobe**. Auch unser Land.

II. Herausforderungen und Perspektiven

Im vergangenen Jahr kamen 200.000 Menschen nach Deutschland. In diesem Jahr werden es **mehr als 1 Mio. Menschen** sein.

Auch die Rheinland-Pfälzer fragen: Wie viele werden noch kommen? Wie viele werden bleiben? **Wie können wir das auf Dauer mit den vielen Ehrenamtlichen schaffen?**

Menschen, die bis in die Nacht hinein Kleider sortieren, Essen ausgeben, als Ordner aushelfen, Unterkünfte herrichten, Menschen die einfach anpacken, mit Herz, Hand und Verstand. Ihnen gehört an dieser Stelle mein **besonderer Dank!** Ihr Einsatz ist beispielgebend, das ist barmherzige Nächstenliebe, das ist unser Land.

Die **Kommunen** in ganz Rheinland-Pfalz, die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer vor Ort, die ich besucht habe, in Ingelheim, am Hahn, in Hermeskeil, in Trier, in Bitburg, in Bad Kreuznach oder in Idar-Oberstein, wie sie mit anpacken und dafür sorgen, dass Flüchtlinge ein Dach über dem Kopf haben und die Kinder mit dem Nötigsten versorgt sind und die Schrecken zeitweise vergessen können, sind großartig: Das zu erleben, **hat mich zutiefst berührt.**

Auch diese Menschen und mit ihnen die Kommunen haben **Belastungsgrenzen.** Wir dürfen die Kräfte der Menschen nicht überfordern. Wir können, wir müssen die jetzige Herausforderung bewältigen, wie wir auch schon andere Herausforderungen gemeistert haben. Wichtig waren dabei aber immer klare Konzepte und der Mut zur Entscheidung. **Humanitäre Hilfe ist Sofortmaßnahme, dazu gehört aber auch eine gestaltende Politik. Willkommenskultur alleine ist noch kein politisches Konzept.**

Wir können Vielen Schutz geben, aber nicht allen eine Heimat. Wir halten das Asylrecht hoch, aber nicht jeder hat Anspruch zu bleiben. Konsequente Anwendung des Rechts und klare Konzentration auf die Menschen mit Bleibeperspektive: Das haben meine Fraktion und ich bereits Anfang des Jahres gefordert. Ebenso die Ausweitung sicherer Herkunftsländer. Rot-Grün nannte das Panikmache. Der normale Menschenverstand nennt es aber Verantwortung, Weitsicht, Verlässlichkeit.

So richtig die Entscheidung unserer Bundeskanzlerin in einer humanitären Notsituation war, die Grenzen zu öffnen, um die Lage zu entschärfen: Es war ebenso richtig, im Anschluss **Grenzkontrollen** einzuführen und die verstärkte Koordination mit den EU-Mitgliedsstaaten zu suchen.

Dass Tausende Menschen **ohne Registrierung** und ohne Ausweise unkoordiniert quer durch Europa irren, ist ein Problem.

III. Situation in Rheinland-Pfalz

ANREDE, die Regierungserklärung, die wir eben gehört haben, hat sehr viel zu dem gesagt, was andere angeblich falsch machen, aber sehr wenig zu dem, wofür Sie in Rheinland-Pfalz unmittelbar Verantwortung tragen und was eben unter rot-grüner Verantwortung schief gelaufen ist, Frau Ministerpräsidentin.

1. Andere Länder haben die Herausforderungen besser bewältigt

Die Dimension der Herausforderung hat alle überrascht. **Regierungsqualität zeigt sich aber darin, mit neuen Herausforderungen strukturiert umzugehen, nicht mit guten Worten auf Zeit zu spielen.** Sehen wir ins Saarland oder nach Bayern. Dort wird Vieles anders gemacht: strukturierter, koordinierter, verbindlicher. Da werden überhaupt Dinge gemacht, die Rheinland-Pfalz noch gar nicht angepackt hat.

- Dort erhalten die Kommunen spitz abgerechnet die Kosten für Asylsuchende. Zeitnah. Für ihre unglaublichen Leistungen, die dem ganzen Land dienen, müssen sich die Kommunen nicht so verschulden wie in Rheinland-Pfalz.
- Asylsuchende ohne Bleibeperspektive werden im Saarland direkt aus der Erstaufnahme zurückgeführt. In Bayern gibt es bereits eine eigene Erstaufnahme für diese Gruppe. Dazu haben sich übrigens alle Regierungschefs verpflichtet in Absprache mit dem Bund.
- Die Erstaufnahmen wurden im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz zügig und vor allem frühzeitig ausgeweitet. Das verhindert eine unwürdige Überbelegung wie in Rheinland-Pfalz. In Bayern waren in den Erstaufnahmen noch Kapazitäten frei, als in Rheinland-Pfalz bereits die Asylsuchenden auf den Gängen, im Freien oder in Garagen übernachten mussten.

Warum waren andere Länder besser vorbereitet, um die Herausforderungen besser zu bewältigen? Zufall?

2. Schon zu Beginn wurden in Rheinland-Pfalz die Weichen falsch gestellt

Rot-Grün hat in Rheinland-Pfalz die Weichen von Anfang an falsch gestellt, weil die klare Linie und die **klare Zuständigkeit fehlte**, weil Rot-Grün noch mit der eigenen politischen Botschaft, mit Winterabschiebestopp, mit Ablehnung sicherer Herkunftsländer beschäftigt war, während sich andere pragmatisch auf die neuen Realitäten eingestellt haben. Der **grüne Oberbürgermeister von Tübingen, Boris Palmer** nennt es in einem taz-Interview vom Montag, die Grünen stünden vor einem "*Realitätstest. Sie werden zu einer pragmatischen Sicht kommen müssen.*"

Frau Ministerpräsidentin, in Ihrem Kabinett sind Zuständigkeiten zusammengewürfelt, die Ihnen heute Probleme bereiten.

Wir Christdemokraten halten es für den systematisch falschen Ansatz, Flüchtlingsaufnahme in einem gesellschaftspolitisch ausgerichteten (!) Ministerium zu bündeln.

Denn wenn man Zuwanderungsbewegungen nur unter einer verengten und ausschließlich sozialpolitischen Sichtweise betrachtet, bleiben wichtige Aspekte außen vor. Beispielhaft hierfür war Ihre **Regierungserklärung „Willkommen in Rheinland-Pfalz“ zu Beginn dieses Jahres, Frau Ministerin Alt.**

Wenn man Integration nur einseitig betrachtet, dann wird man blind für Probleme, dann kommen im Denken keine Herausforderungen vor und keine Menschen ohne Bleibeperspektive. Dass im Integrationsministerium alle Zuständigkeiten gebündelt sind, das **Innenministerium außen** vor ist, haben wir bereits zu Beginn der Legislatur kritisch angemerkt. Und es hat sich bewahrheitet. **Integration und Abschiebung in einer Hand, da ringen Bauch und Kopf miteinander, das merkt man bis heute an der Regierungspolitik, dass hier viel Kraft verloren geht, die eigentlich in klaren, schnellen Entscheidungen, in guter Führung stecken müsste.**

3. Falsche Weichenstellung führt zu massiven Problemen

Frau Ministerin Alt, Sie hätten beweisen können, dass Sie mit einem eigenen Ministerium besonders gut auf die Situation vorbereitet sind. Stattdessen:

- **Bei wichtigen Entscheidungen auf der Bundesebene, sitzt die rheinland-pfälzische Integrationsministerin nicht mit am Tisch.** Sie haben also ein Integrationsministerium geschaffen, damit die Ministerin bei wichtigen Treffen der Länderkollegen daheim bleibt?

Stattdessen nahm dort Herr Lewentz Platz. Der wiederum war operativ im Land nicht federführend zuständig und musste dann der Integrationsministerin berichten. **Eine missliche Situation, wenn der Vorsitzende der Innenministerkonferenz im Bund ein Thema koordinieren soll, für das er im Land gar keine Verantwortung trägt.** Was kann da rauskommen?

Wie falsch diese Aufteilung war, hat sich gerade in der aktuellen Krisensituation mehrfach gezeigt.

- Und wenn die vielen rot-grünen Beteuerungen dem Praxistest ausgesetzt sind, dann zeigt sich ein anderes Bild: **Hunderte Asylsuchende sind auf eigene Faust in die Erstaufnahme des Saarlandes in Lebach zurückgekehrt, weil in der Erstaufnahme in Trier, Frau Dreyer, in Ihrer Heimatstadt, katastrophale Zustände herrschten.**
- Trotz gegenteiliger Beteuerung werden **Zelte diesen Winter** genutzt. Und dabei widersprechen sich zeitgleich vor laufender Kamera Staatssekretärin Gottstein und Ministerpräsidentin Dreyer.
- Die **finanzielle Ausstattung der Kommunen durch das Land ist deutschlandweit im unteren Drittel.** Hessen hat nach gestrigen Angaben des Ministerpräsidenten die pauschalen Erstattungen bereits rückwirkend zum 1. Januar 2015 um mindestens 15 Prozent angehoben.

Frau Ministerpräsidentin,

Sie versuchen mit dem Motto „Land von morgen“ wahrgenommen zu werden. Sie aber kämpfen mit der Gegenwart, und die scheint sie schon zu überfordern.

4. Kritik wird pauschal zurückgewiesen, Entwicklungen werden verschlafen

Denn als die steigenden Flüchtlingszahlen die Kommunen in erste Schwierigkeiten brachten, da haben Sie zunächst jegliche Kritik abgeblockt, in der Sache richtige Forderungen aus ideologischen Gründen zurückgewiesen und nicht perspektivisch gehandelt.

Ich erinnere nur an die Situation zu Beginn dieses Jahres, als in den Kommunen der Ruf nach einem **Flüchtlingsgipfel** laut wurde. Die Landesregierung hat das damals zurückgewiesen. Die CDU-Fraktion war offen dafür. Die Ergebnisse unserer Flüchtlingsgipfel sind richtungsweisend.

Sie aber abweisend. Das ist nicht souverän. Ein Auszug aus der **Landespresse**:

*„Noch während im Landtag auf Einladung der CDU über Probleme und bessere Konzepte zur Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen gerungen wird, spucken Vertreter von SPD und GRÜNEN Gift und Galle. (...) Es darf einfach in einer Demokratie nicht diskreditiert werden, wenn sachlich fundiert über Schwierigkeiten diskutiert wird. Die Staatskanzlei, allen voran Ministerpräsidentin **Malu Dreyer, hat offenkundig die Dimension der Probleme in Städten und Gemeinden völlig verkannt.** Das offenbart einen bedenklichen Mangel an politischem Gespür. Dreyers Vorgänger Kurt Beck wäre das nicht passiert.“¹*

¹ TV 16.1.2015

Frau Ministerpräsidentin, damals haben Sie das Problem nicht erkannt, werfen das Gleiche jetzt aber dem Bund vor - ist das Ablenkung?

Weitere Beispiele:

- Im Land wollten Sie keinen **Flüchtlingsgipfel** – Sie fordern ihn aber für den Bund.
- Im Land wollen Sie den **Kommunen** nicht mehr Geld geben - Sie fordern es aber vom Bund.
- Sie haben mit zu wenig **Personal** auf den Ansturm reagiert - fordern es aber vom Bund.
- Sie haben nicht ausreichend **Sprachkurse** vorgesehen - fordern sie aber vom Bund.
- Sie haben **sichere Herkunftsstaaten** im Bundesrat abgelehnt, fordern jetzt aber vom Bund schnellere Entscheidungen bei den Verfahren für Menschen ohne Bleibeperspektive.
- Sie sagen heute, **Menschen ohne Bleibeperspektive** müssen schneller zurück, gleichzeitig bleibt der **Winterabschiebestopp** faktisch bestehen².

Sie wollen für das Gefühl zuständig sein, der Bund soll aber die politischen Konsequenzen übernehmen. Wer aber selbst nicht konsequent handelt im eigenen Land, setzt gerade eine leistungsfähige, dauerhafte Humanität aufs Spiel.

Sie habe lange die Augen vor den Problemen verschlossen, **wichtige Zeit verloren, weil Sie auf falsche Maßnahmen gesetzt haben, unkoordiniert handelten und keiner so richtig wusste, wer wem was zu sagen hatte.**

Eine Vielzahl der Forderungen unseres Flüchtlingsgipfels sind jetzt auch Ihre Themen geworden, erst viele Monate danach und halbherzig umgesetzt. Wir haben gefordert:

- **Koordinierte Unterstützung von Ehrenamtlichen**, die Flüchtlinge begleiten,
- Systematische **Abfrage der Berufsqualifikationen** in der Erstaufnahme,
- Zentrale Koordinierung und Erfassung der **Wohnraumbestände**
- Ausweitung der **Sprachförderung**. Noch im Januar 2015 ließ sich Bildungsministerin Reiß zum Thema Sprachförderung mit den Worten zitieren: „*Die Frage nach mehr Personal und zusätzlichen Mitteln stellt sich erst einmal nicht.*“³

² Es existiert ein ministerielles Schreiben, das von Rückführungen in Länder, in denen der Winter kalt ist, - wenn möglich - abgesehen werden soll

Das wirft **kein gutes Bild auf die Handlungsfähigkeit** Ihres Regierungsapparates.

5. Es fehlt an Führung und der Übernahme von Verantwortung

Was ist die Ursache? Es fehlte von Anfang an Führung, am Sinn für das operative Geschäft. „Führung“ bedeutet nämlich nicht, dass man beizeiten unbequem gewordenen Ministern den Stuhl vor die Tür setzt. Sondern es bedeutet, den **Blick fürs Ganze** zu haben und auch den Kurs vorzugeben.

Was aber passierte in Rheinland-Pfalz?

- Da wurde eine so genannte „**Task Force**“ eingerichtet, mit der Aufgabe „*Regierungsinterne Koordination hinsichtlich der Unterbringung, Betreuung und Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden.*“⁴

Gebracht hat sie wenig.

- Sie haben dann einen so genannten „**Führungsstab Flüchtlinge**“ eingerichtet. Sein Leiter erklärte die Aufgabe des neuen Gremiums so: „*Wir im Führungsstab versuchen, das Thema Flüchtlinge über die verschiedenen Ministerien hinweg zu koordinieren.*“⁵
- Irgendwann erklärte die Ministerpräsidentin das Thema zur **Chefsache**. Handfeste Ergebnisse bleiben aus.

Wir sind gespannt, welcher neue Arbeitskreis, welcher nächste Runde Tisch noch kommt.

Das Gründen ständig neuer Arbeitskreise ist aber kein Regieren. Es ist eher die Simulation von Regieren und ein Abwälzen von Verantwortung. Regieren bedeutet auch Mut zur Entscheidung.

Nur zu einer Konferenz fehlt Ihnen der Mut, die Souveränität, die Führungskraft: für eine Runde mit allen Fraktionsvorsitzenden.

Ministerpräsident Bouffier hat einen anderen Weg gewählt, nicht nur bei der Energie- oder Bildungsfrage holte er das Parlament als Ganzes zu sich an einen Tisch. Er hat auch in der Flüchtlingsfrage die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen eingeladen, um sich auszutauschen, wie die gemeinsame Aufgabe geschultert werden kann. Die Bereitschaft, in konstruktive Atmosphäre gemeinsam Verantwortung zu tragen ist unsererseits gegeben und angeboten.

Denn dies ist nötiger denn je!

³ Rheinzeitung Zeitung, 6.01.15

⁴ PM LReg vom 7.1.2015

⁵ Rheinpfalz 14.09.15

Ein Beispiel: Die Verweildauer in der Erstaufnahme

Sie hatten angekündigt, die Verweildauer in der Erstaufnahme auf die maximalen drei Monate auszuweiten, um die Kommunen zu entlasten. Dies ist auch wichtig, um beispielsweise die Ergebnisse des **Gesundheitschecks** auswerten zu können. Es ist unverantwortlich, Flüchtlinge aus allen Regionen der Welt auf die Kommunen zu verteilen, ohne das Untersuchungsergebnis zu kennen. Das ist auch unverantwortlich den ehrenamtlichen Helfern gegenüber.

Doch Sie haben **zu keinem Zeitpunkt diese drei Monate** erreicht. Auch nicht vor den Spätsommerwochen.

Sie haben stattdessen die Verweildauer sogar noch weiter verkürzt. Den Kommunen werden dann Flüchtlinge zugewiesen,

- ohne dass die Ergebnisse des Gesundheits-Checks vorliegen,
- ohne Daten über das **Profil** des Flüchtlings zu haben,
- ohne, dass die Chance besteht, wenigstens extrem kurze Asylanträge bereits in der Erstaufnahme abzuwickeln.

Das entlastet das Land, belastet aber die Kommunen und Bürger.

Die Verweildauer ist auch entscheidend für die Rückführung der Asylsuchenden ohne Bleibeperspektive. Obwohl das BAMF - anders als Sie es öffentlich behaupten, aber schriftlich beantworten - die Asylanträge von **Albanern** und **Kosovaren** innerhalb der Dreimonatsfrist bearbeitet hat, wurden diese Flüchtlinge von Ihnen vorab auf die Kommunen verteilt.

Interessant ist ein Blick auf die **durchschnittliche Bearbeitungsdauer** der Asylanträge in Rheinland-Pfalz im Zeitraum Januar bis 31. Juli 2015. Hier zeigt sich in Bezug auf Albanien, dass innerhalb von **7 Wochen** entschieden wird. Bei Menschen aus dem Kosovo sind es **2,9 Monate**. Beides liegt unter der bisher maximalen Verweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung von 3 Monaten. Es spricht also alles dafür, bei Menschen mit sehr geringer Bleibeperspektive die maximal mögliche Verweildauer in den Erstaufnahmeeinrichtungen auszuschöpfen und keine Verteilung auf die Kommunen vorzunehmen. Nach jüngsten eigenen Angaben des Integrationsministeriums in der Presse werden aber die Menschen im Schnitt **nach fünf Wochen aus der Aufnahmeeinrichtung** in die Kommunen verteilt. Die Argumentation, man würde dies deshalb machen, weil die Bearbeitungsdauer des BAMF zu lange sei, stimmt in diesen Fällen nicht, denn bei Albanern und Kosovaren ist die **Dauer unter der maximalen 3-Monats-Aufenthaltsdauer**, dennoch werden sie viel früher in die Kommunen verteilt. Obwohl das Land die durchschnittliche Bearbeitungsdauer kennt!

Das BAMF muss schnell arbeiten – keine Frage. Aber das Land muss auch seine Hausaufgaben machen, damit die Verfahrensbeschleunigungen auch wirksam werden können. Was bringt ein schneller arbeitendes BAMF, wenn Sie das dann nicht nutzen, um die Asylsuchenden schnell zurückzuführen?

6. Rückführungen müssen konsequenter umgesetzt werden

Unsere seit Monaten vertretene Position: Asylbegehrende mit geringer Bleibeperspektive sollten erst gar nicht auf die Kommunen verteilt werden. Die **zentrale Rückführung** abgelehnter Asylbewerber direkt aus den Erstaufnahmeeinrichtungen in ihre Heimatländer ist wesentlich praktikabler, unaufwändiger und erfolgreicher als nach erfolgter Verteilung in die Kommunen.

Es sind immer noch ministerielle Schreiben in Kraft, die die **Rückführung im Winter** deutlich erschweren. Es sind noch immer ministerielle Schreiben in Kraft, die die gesetzliche mögliche **Ausreisefrist von maximal 30 Tagen zur Regel machen**. Sie empfehlen den Behörden sogar noch, darüber hinauszugehen.

Sie schaffen damit selbst Abschiebehindernisse.

Konsequenzen müssen diese Ausreisepflichtigen übrigens nicht fürchten. Denn Sie achten peinlich genau darauf, dass der **Ausreisegewahrsam in Ingelheim nicht belegt** wird. Was aber bedeutet es, wenn keine Konsequenz für den Fall droht, dass man sich der Ausreiseanordnung widersetzt?

Frau Ministerpräsidentin, ist das der klare politische Führungsstil, den Sie für sich reklamieren?

7. Land setzt unklare Signale

Wenn ich in diesen Tagen einen **Tweet Ihres Chefs der Staatskanzlei** lese, in dem es heißt, Bundesinnenminister De Maizière hätte durch das behördliche **System EASY** bereits im Juni wissen können, dass die Flüchtlingszahlen sprunghaft steigen: Muss das dann nicht umgekehrt auch für das Land gelten? Warum haben Sie dann **nicht schneller Vorsorge getroffen**?

Und wie soll der Bund mit aktuellen Zahlen arbeiten, wenn Sie die **Ersterfassung nicht organisiert bekommen**? Die Landesregierung räumt selbst ein, dass sie eine Vielzahl an Asylsuchenden noch nicht einmal registriert hat⁶! **Wenn noch nicht einmal das in Rheinland-Pfalz gelingt, dann haken auch alle nachfolgenden Schritte!**

Letztlich haben Sie erst im **August** angefangen, die **Zahl der Erstaufnahmeeinrichtungen** aufzustocken. Und Sie setzen seit **Februar** auf Zelte, die keine Lösung sind. **Baden-Württemberg** hatte übrigens ein wesentlich höheres Kontingent an Flüchtlingen aufzunehmen und auf Landesebene für die Erstaufnahme keine Zelte benötigt.

Die **Integrationsministerin ist inzwischen nahezu verstummt**. Im Integrationsausschuss des Landtages verkündet ihre Staatssekretärin die Hiobsbotschaften der Asylunterbringung.

Und in diesen Tagen, auf einem weiteren Höhepunkt der Krise, kümmert sich die Ministerin um den **Tag der Vielfalt**: „*Ich freue mich, Sie bei einem lockeren Beisammensein und ohne Tagesordnung begrüßen zu dürfen*“, heißt es **bemerkenswert inhaltslos** in einer Einladung, die das Ministerium in diesen Tagen verschickte. Ist das die Aufwertung eines Politikfeldes, von der Sie noch zu Beginn der Wahlperiode gesprochen haben?

Kritik am unkoordinierten Handeln des Landes wurde lange als „Wahlkampf“ abgestempelt und damit per se nicht zugelassen. Und dann ließ sich die Ministerpräsidentin plötzlich zitieren, sie finde es schon „*in Ordnung*“, wenn das Thema Flüchtlinge „*auch eine Rolle im Wahlkampf spielen*“ werde⁷. Ja was denn jetzt?

Und: Sie setzen weiter unklare Signale

Das betrifft die **sicheren Herkunftsstaaten**. Hier müssen Sie sich bekennen, Frau Ministerpräsidentin, wie Sie im **Bundesrat votieren werden**: Überlassen Sie die Verantwortung ihrem Grünen Kollegen aus Baden-Württemberg oder stehen Sie selbst für die Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsländer ein? Dazu müssen Sie heute hier Stellung beziehen!

Wie positionieren Sie sich zur Unterscheidung von **Asylsuchenden mit und ohne Bleibeperspektive**?

⁶ Rheinpfalz 18.09.15

⁷ DPA 9.9.2015

Erkennen auch Sie in der **Krankenversorgung** für Asylsuchende eine „Diskriminierung“⁸. Wir denken: Statt neue Leistungen zu schaffen und Wohltaten in Aussicht zu stellen, müssen wir falsche Anreize beseitigen.

Frau Ministerpräsidentin,
sind Sie auch der Meinung, dass bei **Asylanträgen, deren Bearbeitung etwas länger dauert, automatisch ein dauerhaftes Bleiberecht ausgesprochen werden soll?** Die GRÜNEN wollen das. Das ist eine Einladung, auch ohne Asylgrund zu kommen und auf Zeit zu setzen. Sorgen Sie denn auch für mehr Personal bei der Registrierung, das Ihnen jetzt schon fehlt? Wir denken: Das wäre ein vollkommen falsches Zeichen für Asylbewerber ohne Bleibeperspektive.

Frau Ministerpräsidentin, ist das Ihre Regierungslinie?
Sind das auch **Ihre Positionen?**

Gegenüber der Presse haben Sie geäußert, dass es Ihnen „*einerlei*“ sei, auf welche Weise die Altfälle bearbeitet werden⁹. **Ihnen ist es also einerlei, ob 12.000¹⁰ Menschen in Rheinland-Pfalz bleiben oder wieder gehen müssen!**

IV. Eigene Vorstellungen

ANREDE,

„Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und dem Bemänteln, was ist.“

Diese Worte stammen von **Ferdinand Lassalle**. Sie wurden vor 150 Jahren gesprochen, und sie sind noch immer richtig. Sagen, was ist. Das ist der Ausgangspunkt für alles politische Handeln. Für *verantwortliches* politisches Handeln.

ANREDE, wir erleben eine öffentliche Diskussion, in der der gute Wille, das Herz, den Ton angeben. Wir brauchen diesen guten Willen. Wir brauchen die überwältigende Hilfsbereitschaft.

⁸ DPA 2.9.2015

⁹ Rheinfall vom 23.9.2015

¹⁰ AZ vom 23.9.2015

1. Sorgen der Menschen ernst nehmen

Als gewählte Volksvertreter dürfen wir nicht der Verlockung unterliegen, uns darin zu überbieten, öffentlich unsere gute Gesinnung zur Schau zu tragen, wer die besseren Menschen sind. **Die Wahrheit ist immer konkret.** Auch die **Sorgen der Menschen.** Wir müssen viel stärker deren Fragen zulassen:

- Wie können wir für alle Flüchtlinge den nötigen Wohnraum finden, wenn es bereits jetzt in vielen Städten nicht genügend Wohnraum gibt?
- Wie kann es gelingen, **Hunderttausende Menschen in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren**, Menschen, die oftmals über keine oder nur eine sehr geringe berufliche Qualifikation verfügen? Denn der viel **zitierte syrische Arzt ist sicher nicht repräsentativ.** Die Mehrzahl der zu uns kommenden Menschen wird weniger das Problem haben, dass ihr Hochschuldiplom zu langsam anerkannt wird. Für die Mehrzahl wird es vordringlich darum gehen, nötige **Nachqualifizierungen** zu erreichen oder einen Ausbildungsplatz zu finden und die deutsche Sprache zu lernen.
- Und was wird aus unseren **Sozialsystemen**, wenn diese Integration in den Arbeitsmarkt nicht rasch gelingt?
- **Wer kommt für die Kosten auf?** Denn dass wir sehr viel Geld benötigen, um nur die drängendsten Probleme zu bewältigen, ist allzu offensichtlich¹¹. Und dass die öffentlichen Kassen nicht prall gefüllt sind, ebenfalls.
- Wie viele von den jetzt nach Deutschland zugewanderten Menschen werden dauerhaft hierbleiben? **Reißt der Zustrom an Flüchtlingen irgendwann auch wieder ab?** Kann unser Land eine solche Zuwanderung dauerhaft verkraften?
- Was bedeutet das alles für unsere **Gesellschaft, für den sozialen Zusammenhalt, für unsere Werte und Kultur?** Wie viele kommen zu uns, die mit Demokratie, Freiheit, unserem Rechts- und Wertesystem, unserem Verständnis der Rolle von Frauen erst mal klar kommen müssen?
- Wie wollen wir es erreichen, die riesige Zahl an Menschen aus fremden Kulturkreisen in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, wo es doch **bereits jetzt viele ungelöste Integrationsprobleme und Parallelgesellschaften** gibt? Wie können wir es verhindern, dass wir ethnische Konflikte in unsere Gesellschaft importieren?

¹¹ Das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung rechnet mit mindestens 10 Mrd. Euro für die Flüchtlinge. Grundlage der Berechnung ist die Prognose des BMI von 800.000 Asylbewerbern im laufenden Jahr. Diese Zahl berücksichtigt weder Familiennachzug, noch Bildungsmaßnahmen. Quelle: ntv.de am 20.9.2015

- Was bedeutet die Zuwanderung aus Krisengebieten für die **innere Sicherheit** in Deutschland? Wie können wir es verhindern, dass sich unter den Flüchtlingen gewaltbereite Feinde unserer westlichen, offenen Gesellschaft befinden? Oder dass – wie es der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz in der vergangenen Woche berichtet hat – Salafisten oder andere radikal-islamische Gruppen unter den Flüchtlingen in Deutschland gezielt um Anhänger werben?

Wir sollten nicht dem Reflex verfallen, den Bürgern, die sorgenvolle Fragen stellen, nur die „Willkommenskultur“ entgegenzuhalten. In den vergangenen Wochen haben mich so viele Menschen auf dieses Thema angesprochen, wie noch nie. Zu keinem Thema habe ich bislang so viele Briefe bekommen. Von Menschen, die unsere offene, pluralistische Gesellschaft sehr schätzen und bewahren wollen. Es waren Menschen aus allen Bevölkerungsschichten, aus Stadt und Land, Menschen unterschiedlichster politischer Couleur, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Junge und Alte, Alleinstehende und Familien. Sie haben nichts zu tun mit kriminellen Extremisten, die Flüchtlingsunterkünfte anzünden oder öffentlich Hass verbreiten. **Ich halte es für wichtig, dass wir den Sorgen dieser Menschen offen und zugewandt begegnen.**

Viele dieser Menschen haben das Gefühl, dass sie **kritische Fragen zur Flüchtlingskrise nicht öffentlich stellen dürfen**, ohne dadurch in eine bestimmte Ecke gedrängt zu werden. Ich finde, das ist eine sehr bedenkliche Entwicklung. Wenn Bürger erst einmal verstummen, dann wird es gefährlich.

Wenn die öffentliche Demonstration guter Gesinnung zu einem geistigen Klima führt, in dem die **zentralen Fragen unseres Zusammenlebens** nicht mehr öffentlich und kontrovers diskutiert werden können - dann legen wir Hand an die Wurzeln unserer parlamentarischen Demokratie.

2. Zielkonflikt in der Flüchtlingsfrage erkennen

Wir sind alle gefordert:

Zwischen der unbedingten Aufgabe, zu helfen und weitere Tragödien zu verhindern.

Das ist die eine Seite. Die andere aber ist: In dieser Ausnahmesituation unseren Staat, unsere Gesellschaft nicht zu überfordern. **Zuwanderung in Bahnen zu halten, besser zu steuern.**

Es ist der **Zielkonflikt zwischen Humanität und Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft.**

3. Zuwanderung braucht Grenzen

Als Christdemokraten stehen wir ohne Wenn und aber dafür ein, dass der, politisch verfolgt ist und Hilfe braucht, bei uns einen sicheren Platz findet. Wo aber dieser sichere Platz ist, liegt nicht in der Entscheidung der Flüchtlinge. Hilfe, Schutz, Versorgung – all das kann Europa gewähren. Aber **nicht das Recht auf freie Wahl des Aufenthaltsortes!**

Deutschland kann die Aufgabe nicht alleine bewältigen.

Hilfe darf nicht überstrapaziert werden. Auch darüber müssen wir reden. Wir werden mit dem deutschen Asylrecht nicht die Probleme in den Herkunftsländern lösen können.

Es ist auch die falsche Botschaft, wenn unser Asylbewerberleistungsgesetz Barauszahlungen in der Höhe von mittleren Durchschnittsgehältern vieler Herkunftsländer in Aussicht stellt. Wenn jemand aus wirtschaftlichen Motiven zu uns will, das ist allzu verständlich. **Aber es ist kein Asylgrund. Falsche Anreize müssen deutlich zurückgefahren werden.**

Und rufe ich die Landesregierung eindringlich auf: Blockieren Sie nicht länger unseren Vorschlag, Geld- in Sachleistungen umzuwandeln! Das Saarland hat schon lange mit Erfolg auf **Sachleistungen** umgestellt. Rot-Grün in Rheinland-Pfalz will das nicht. Das ist falsch! Das Saarland schickt **keine Westbalkanflüchtlinge** in die Kommunen. Rot-Grün in Rheinland-Pfalz will das nicht. Das ist falsch! Das Saarland führt **abgelehnte Asylbewerber** konsequent aus der Aufnahmeeinrichtung zurück. Rot-Grün in Rheinland-Pfalz will das nicht. Das ist falsch!

Asylverfahren müssen hierzulande deutlich beschleunigt werden. Es kann kein Dauerzustand sein, dass ein Asylverfahren mehrere Monate dauert und negative Asylentscheidungen folgenlos bleiben.

Wenn jemand aus wirtschaftlichen Motiven zu uns will, das ist verständlich. Aber es ist kein Asylgrund. Deshalb ist es unerlässlich, **falsche Anreize, zu uns zu kommen, deutlich zurückzufahren.** Ich wiederhole daher unseren Vorschlag, **Geld- in Sachleistungen umzuwandeln.**

Wir dürfen auch die gesellschaftliche Diskussion nicht scheuen, wie wir zusammenleben wollen.

4. Keine Parallelgesellschaften tolerieren

Wer nach Deutschland einwandert, muss lernen, unsere freiheitliche demokratische Grundordnung mit allen Rechten und Pflichten mitzutragen, sich mit den Regeln des Rechtsstaates ohne Wenn und Aber zu identifizieren, die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu respektieren.

5. Klarer Kurs für die Flüchtlingspolitik in Rheinland-Pfalz

Meine Fraktion hat bei drei Flüchtlingsgipfeln zugehört, diskutiert, Antworten gesucht und konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt.

Um einige zu nennen:

1. Flüchtlinge mit geringen Chancen auf Anerkennung dürfen gar nicht erst auf die Städte und Gemeinden verteilt werden. Deshalb setzen wir uns für **eigene Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende ohne Bleibeperspektive** ein.
2. Wiedereingereiste Folgeantragsteller müssen in Erstaufnahmeeinrichtungen gehen, nicht in die Kommunen (**Drehtüreffekt** unterbinden).
3. Bargeldauszahlungen in Erstaufnahmeeinrichtungen müssen so weit wie möglich durch **Sachleistungen** ersetzt werden.
4. Die Kommunen müssen die Asylkosten vom Land zügig und **vollständig erstattet** bekommen.
5. Die Liste der **sicheren Herkunftsstaaten** muss erweitert werden - um Albanien, Kosovo, Mazedonien. Zudem müssen wir prüfen, welche weiteren afrikanischen Staaten ebenfalls in die Liste aufgenommen werden können.
6. Bewerber aus diesen Ländern müssen bis zur Entscheidung über ihren Asylantrag in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben. In **Ausreisezentren** muss die Rückführung innerhalb von drei Wochen vorbereitet werden.
7. Die **Rückführung muss landesweit zentralisiert** und beschleunigt werden, denn wir brauchen Kraft und Ressourcen für die Menschen, die nicht mehr zurück können in ihre Heimatländer, die um Leib und Leben fürchten müssen.
8. Wir brauchen eine Erleichterungen im **Vergaberecht** im Zusammenhang mit der Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen (Auftragsvergabe durch freihändige Vergabe oder Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb, Verzicht auf Vergleichsangebote bei der Auftragsvergabe, Prüfung, ob vergaberechtliche Vorgaben für Flüchtlingsunterbringung ausgesetzt werden können)

9. **Energetische Standards** sollten durch Gesetz abgesenkt oder befristet ausgesetzt werden, um insbesondere Bestandsbauten ohne hohe Investitionskosten für energetische Ertüchtigung für die Flüchtlingsunterbringung nutzen zu können.
10. Menschen mit Bleibeperspektive müssen so schnell wie möglich **Deutschkurse** erhalten, ausgebildet und in den Arbeitsmarkt integriert werden.
11. Menschen, die hier bleiben, unsere Nachbarn, Kollegen und Vereinsmitglieder werden, brauchen keine zufällige, sondern eine **koordinierte Begleitung**.
12. Das **Leiharbeitsverbot** für Asylbewerber und Geduldete nach muss nach drei Monaten entfallen.
13. Wir plädieren für eine Berufszulassung für **geflüchtete Ärztinnen und Ärzte** zur Mitwirkung an der ärztlichen Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen (Änderung der Bundesärzteordnung)

V. Schluss

Anrede,

bereits 2010 hat die CDU-Rheinland-Pfalz in einem Positionspapier Forderungen formuliert, die **heute nach wie vor aktuell** sind.

Eine lautet:

Integration bedeutet Rechte zu haben, aber auch Pflichten. Wer zu uns einwandert, muss unsere freiheitliche demokratische Grundordnung annehmen. Er muss sich **mit den Regeln des Rechtsstaates ohne Wenn und Aber identifizieren**. Mit Freiheit, Meinungsfreiheit, Toleranz, Gleichwertigkeit von Mann und Frau, Menschenwürde, Solidarität. Nein, Frau Ministerpräsidentin, es geht eben nicht nur um Willkommenskultur.

Wir brauchen Integrationsvereinbarungen - wir als aufnehmendes Land haben Pflichten, wir müssen Integrationskurse, Sprachkurse, Ausbildungsangebote machen. Aber auch die Menschen, die bei uns bleiben, haben Pflichten. Sprachkurse und das Grundgesetz sind nicht nur ein Angebot, sondern Pflicht.

Integration heißt, zu akzeptieren, dass Männer und Frauen Vorgesetzte sein können und dass Lehrerinnen männliche Jugendliche unterrichten.

**Integration ist wie ein Handschlag.
Es braucht zwei Hände.**

ANREDE

Wir wollen helfen, wir wollen, dass die Herausforderung gelingt, wir wollen die Chancen für unser Land nutzen.

Zuwanderung in einer alternden Gesellschaft kann auch immer ein **Kreativitätsschub** sein. Und Menschen können über sich hinaus wachsen.

Ich glaube an die Kraft, den **gesunden Menschenverstand**, den Pragmatismus unserer Rheinland-Pfälzer.

Deshalb danke ich ganz herzlich allen, die sich für andere einsetzen, sich Strapazen aussetzen, aber auch klar in ihren Positionen bleiben.

Ich **traue das unserem Land zu**. Wenn wir jetzt die Debatte offen und ehrlich führen, wenn die EU die Verantwortung gemeinsam annimmt, wenn jeder seinen Aufgabe erledigt - im Bund, im Land, in der Kommune. Und wenn Integration konsequent vom ersten Tag vorangebracht wird. Dazu gehört das Fördern und Fordern. Und eines muss immer klar sein: Die Werte unseres Grundgesetzes sind nicht verhandelbar.